

abten in Gruppe A von 44,35 auf 38,40 Mark, in Gruppe B von 44,35 auf 34,50 Mark, in Gruppe C von etwa 35,- auf 34,35 Mark und in Gruppe D von etwa 27,- auf 22,35 Mark nicht einverstanden erklären, so ist es ab 4. Mai als entlasten zu betrachten haben.

Der Verband der Maschinen- und Gewerkschaftsarbeiter deutet nicht davon, seine Mitgliedschaft gegen diese angebotenen Renditepläne der Unternehmen zu mobilisieren. In einer am 27. April festgehaltenen Versammlung der Betriebsräte Bismarck und Bruns, erklärte der Gewerkschaftsvertreter Bieg, daß der Sozialraumausbau vier Stunden gelöst habe und daß die „gekämpft“ hätten. „Freiwillig werden wir keine Zustimmung zu einem Stenning Sozialraum geben, außerdem er wird uns blitzen“, erklärte Bieg weiter. Ein anwesender KGD-College riet ihm die Worte des Vertrags vom Gesicht, indem er auffielte, daß durch diesen Schmuss nur die Auslösung von Kampfhandlungen unterbunden werden sollte.

Mühlenarbeiter! Der Auspruch von Bieg zeigt, daß sich die Gewerkschaftsleiter mit dem von den Unternehmen geforderten Sozialraub schon abgestimmt haben. Die rottifizierten Mühlenarbeiter sollen endlich aus einündern, sollen einen Kampf verhindern.

Die einzige richtige Antwort, die ihr auf den freien Sozialraub der Unternehmer und das verächtliche Verhalten der Gewerkschaftsführer geben könnte, ist der Streik. Gegen jeden Stenning Sozialraum müßt ihr die betriebsliche Einheitsfront aller Arbeiter herstellen. Nur so kann der freche Unternehmensherr zurückgeschlagen werden.

10 Prozent Lohnraub bei der Dresdner Straßenbahn AG

Die Dresdner Straßenbahn-AG hat unter dem 29. April allen Erwerbsarbeitern einen Schreiben zugestellt, worin ein repräsentativer Sozialraum mit Wirkung ab 2. Mai festiert und die Rundigung für den 20. April ausgesprochen wird.

Arbeiter, die bereit sind, zu dem abgebauten Lohn zu arbeiten, müssen sich am 2. Mai auf ihrer Bankette melden, andernfalls die Entlassungspapiere abgeholt werden können.

Gibt die Kampfslosungen des 1. Mai in die Tat um!

In ganz Deutschland marschierten gestern Millionen von Arbeitern, Arbeitersfrauen, Jungarbeitern und Arbeitserlinbern in der roten Einheitsfront unter den revolutionären Fahnen und Slogans der KPD und KGD auf. Überall auch in den Gebieten und Städten, wo durch faschistische Verbotsmaßnahmen der 1. Mai als Weltkampftag des Proletariats unterdrückt werden sollte, fanden gewaltige und wichtige Kampftage geboten statt. Ganz in allen Teilen Deutschlands war die Beteiligung an den Maieldemonstrationen und Abendveranstaltungen der KPD weit aus stärker und zahlreicher als die Aufmärsche und Feiern der SPD, des ADGB und der „Eisernen Front“. Darin zeigte sich nicht nur die große Aktivität der revolutionären Organisationen, sondern vor allem das Wachstum des Kampfwillens und der Kampfentschlossenheit in der Arbeiterschaft.

Das deutsche Proletariat befandet so am 1. Mai 1932 seine erste Feierlichkeit zum Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus — zur Verteidigung der Sowjetunion.

Hunger, Not und Elend sind für die deutsche Arbeiterschaft in den letzten Jahren und Monaten ins unermöglichste gesetzigt worden. Und gerade in diesen Tagen soll ein neuer Lohnraub, der fast restlose Abbau der Erwerbslosenunterstützung und die Beseitigung der Sozialversicherung erfolgen. Heute und in den nächsten Tagen sollen die neuen Verschlechterungen der Hungerschäfte bei den Bauarbeitern, Mühlenarbeitern, Buchdruckern und Gemeindearbeitern in Kraft treten. In Verbindung damit steht die Verschlechterung in der Ferienfrage und den festlichen Zugaben bei den Metalls- und Textilarbeitern. Bei den Eisenbahnmännern stehen neben der erneuten Einlegung von Feierstichen große Massenentlassungen bevor und in einer Reihe anderer Industriezweige soll ein weiterer Lohnraub durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche ohne Lohnausgleich erfolgen.

Gleichzeitig hat der Reichsminister neue, unmittelbar bevorstehende Maßnahmen, dies Notverordnungen, angekündigt, durch die der bereits seit Wochen geplante und wegen den Wahltag verschobene, fast völlige Abbau der Erwerbslosenfürsorge und die Beseitigung der staatlichen Sozialversicherung erfolgen soll. Alles das bedeutet eine neue gewaltige Steigerung des Elends für die gesamte Arbeiterschaft.

Zur selben Zeit, wie so ein neuer Generalangriff der deutschen Kapitalistensklave, ihrer Brünning-Groener-Hindenburg-Diktatur erfolgt, marschierten die japanischen Truppen den Sowjetgrenzen zu, liegern sich die japanischen, polnischen und französischen Provokationen gegenüber dem ersten Arbeitstaat und lauern die Imperialisten der ganzen Welt, um ihren Raubzug gegen Sowjetunion durchzuführen. Der Ausbruch eines neuen imperialistischen Költernmonds, dessen Ziel die Niederwerfung der Sowjetunion ist, steht unmittelbar bevor. Das Deutland der Kapitalisten ist bereits in einer gewaltigen Rüstungsmutter eingestellt und wird von Tag zu Tag weiter ausgebaut.

Unermöglichste Steigerung des Hungers und der Verelendung für die Arbeiterschaft im eigenen Lande und der Raubkrieg gegen Sowjetunion, das ist der gesamtsame Ausweg, den die Bourgeoisie aus der sich immer weiter verschärfenden Krise ihres versourenden und bankrotten kapitalistischen Systems sucht. Dieser Weg soll günstigst werden durch die immer weitergehenden faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen, den Massenauflösungsfascistischen Diktatursystem und die immer steigere Konzentration aller faschistischen Kräfte der Bourgeoisie als Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur. Die Notverordnungen Brünings wurden begleitet von einem immer höheren Mordterror der nationalsozialistischen SA-Kadetten der gerade jetzt im Zeichen des Scheinverbots der Hitlerischen SA und SS eine gewaltige Stelze hinaus erhält. Während tagtäglich neue Arbeitermorde der Nazis werden gemeldet werden, verbünden die Zentrumsfaustianer mit Hitler über die Bildung der neuen Freiherrregierung und die Herrinnahme von Nationalsozialisten in die Reichsregierung. Mit der immer weitergehenden Radikalisierung des Staatskapitäns im Reich und den Ländern, besonders auch in Sachsen, soll so ein weiterer Schritt zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur gemacht werden.

Dies ist die Situation nach dem 1. Mai 1932. Millionen von Proletariern haben gestern geantwortet:

„Wir wollen nicht länger hungernd! Wir wollen keinen neuen imperialistischen Krieg! Wir wollen keinen Faschismus in Deutschland!“

Millionen von Betriebsarbeitern und Gewerkschaftern haben gehalten mit leiferer Entschlossenheit ihr Votum zum Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für Arbeit und

Neue Feierschichten, das heißt Lohnabbau bei der Reichsbahn

Die roten Betriebsräte fordern eindeutliche Kampfmaßnahmen

Bei den Verhandlungen über die Kämpfmaßnahmen der Reichsbahn wurde am Freitag von den beteiligten Gewerkschaften und der Reichsbahn Hauptverwaltung folgendes Abkommen getroffen:

Für die Ausbeuterungswerte soll wöchentlich eine Feierstichtage eingelegt werden und bis zu drei Feierstichtagen bei den Betrieben der Bahnbetriebswerkstätten und Wagenwerke sowie bei den Güterbahnhofsarbeitern des großen Güterbahnhofs und Umladebahnen erweitert werden.

Trotz dieser Vereinbarung, die von der KPD-Front als großer Erfolg der Gewerkschaften ausgesetzt wird, sollen Entlassungen vorgenommen werden. Feierstichtagen, das heißt erneuter Lohnabbau bei den ehedem bezahlten Bahnarbeitern.

Unter dem Motto: „Kampf um den Arbeitsplatz“, macht die Gewerkschaftsbürokratie alle Verschlechterungen gegen die Arbeiter mit, selbst wenn die Bezahlung unter den Söhnen der Erwerbslosenunterstützung liegt.

In der Sitzung des Hauptbetriebsrats vom 27. April schlugen die roten Betriebsräte dem Hauptbetriebsrat ein klar formuliertes Kampfprogramm von 10 Punkten vor. In jeder Dienststelle, in allen unteren Gewerkschaftseinheiten sollen Versammlungen der Eisenbahnarbeiter und Beamten einberufen werden. Überall soll zur drohenden Lage Stellung genommen und organisatorische Voraussetzungen zur Organisierung des Kampfes der Eisenbahner geschaffen werden. In jeder Dienststelle sollen auf breiterer Einheitsfront Grundlage Auskünfte gewählt werden. Der Hauptbetriebsrat soll sich mit einem diesbezüglichen Aufruf an alle Eisenbahner wenden. Der Entwurf eines solchen Aufrufs wurde von den roten Betriebsräten schriftlich vorgelegt.

Die sozialdemokratische Mehrheit des Hauptbetriebsrates lehnte den Vorschlag der roten Betriebsräte ab.

Doch Weißheit stellt sich also genau wie die Gewerkschaften hinter die Maßnahmen der Hauptverwaltung. Die Männer der Eisenbahnarbeiter und Beamten werden den Schrift der roten Betriebsräte beglücken.

Heute heißt es in Versammlungen aller Dienststellen zu dem Verhalten des Hauptbetriebsrates Stellung zu nehmen und das Kampfprogramm der roten Betriebsräte in die Tat umzusetzen.

In drei wichtigen Industriegruppen führen die Kapitalisten gleichzeitig weiteren rücksichtigen Lohnraub durch. Sie geraten bald in feiner Nebel an die fahrlässige Kaufmannschaft, bald weiterer Lohnabbau in der sogenannten Binnenindustrie unvermeidlich ist. Breitschafft erklärte namens der SGD-Führer, ihre Haltung der Reichspolitik gegenüber zu ändern. Diese Politik aber ist die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, der brutale Angriff auf euer aller Existenz. Und im Lager der Unternehmer stehen die Gewerkschaftsführer gegen euch. Sie geben alles daran, um euch vom Kampf abzuhalten. Mit euch gehen und kämpfen die Kommunisten und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Angesichts der Notwendigkeit sofortiger Kampfhandlungen erinnern wir euch an den Aufruf unseres Zentralomitees, in dem es heißt:

Wir Kommunisten sagen euch:

Die Ankündigung der Führer der Sozialdemokratie und des ADGB über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau war nie ein Wahlmaßnahmen.

Wir Kommunisten und Mitglieder der KGD und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen.

Wie erklären:

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereint sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.

Wie Kommunisten schlagen euch vor:

Sofort in jedem Betrieb, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfauslösungen und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Urlaubstraub an den Textilarbeitern

Textilabschlagspruch verbindlich erklärt

Der Schiedspruch über den Manteltasche für die westsächsische Textilindustrie ist vom Reichsminister für verbindlich erklärt worden. Gleichzeitig wurde der Schiedspruch für die Fleischindustrie verbindlich erklärt. Der Verbindlichkeitsstetzung gingen Verhandlungen im Reichsministerium voran, die eine Einigung in bestimmten Fragen herstellten.

Für die Textilarbeiter bringt dieser Schiedspruch rigorose Verschlechterungen, besonders in der Urlaubstrafe. Den Kurzarbeiter werden 3 bis 4 Tage des ihnen bisher zustehenden

Umfangs des Erfolges Nr. 1 zu Kampfmaßnahmen gegen den neuen Schiedspruch übergehen. Überall muß sofort Stellung genommen werden, um diesen Unternehmensvorstoß zurückzuholen.

Scharfmacher-Forderungen

20 Spitzenverbände der ländlichen Scharfmacher und Industriellen hielten gestern im Dresdenner Vereinshaus eine Kundgebung ab.

Unter dem Deckmantel: gegen den Zentralismus gaben sie offen ihre Pläne gegen die Arbeiterschaft bekannt. Das Hauptreferat hieß der bekannte Scharfmacher Witten, Vorsitzender des Verbandes ländlicher Industrieller.

Seine Forderungen gipfelten in weitgehendster Steuerleichterung für die Unternehmer und neuen Lohnraub für die Arbeiterschaft. Die Staatsbürger seien zu anspruchsvollen, verantwortungsvollen Unterstannen gekämpft. Die Steuerpolitik sei leichtfertig im Grünen neuer Steuerlosen ohne Rücksicht auf die Grenzen der Ertragsmöglichkeit.

Regierungsrat von Poelen behielt in seinen Ausführungen das Reich die Verantwortung für den finanziellen Zusammenbruch der Länder und Gemeinden tragen müsse. Er sprach weiter von Auslöschung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum.

Die Arbeiter sollen die Zelle für die kapitalistische Machtbehauptung sein, so wollen es die ländlichen Industriellen. Es ist die Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft schon heute gegen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau den Kampf vorzubereiten unter Führung der KPD und der KGD.

KPD probostiert in Radeberg

Genosse Siegel sprach vor 500 Demonstranten in Radeberg. Während der Rede versuchte ein Konservativenbund der SPD durch gewaltsige Zwischenrede die Arbeiter zu provozieren.

Durchführung ihrer Lohnraub- und Hungermäahnahmen, genau so half sie den Imperialisten bei den Vorbereitungen ihres Krieges gegen die Sowjetunion. Die SPD und Gewerkschaftsführer werden dienen ihrem Weg, den Weg mit der Bourgeoisie, den Weg des Hungers, des Krieges und des Faschismus konsequenterweise.

Wir aber rufen die sozialdemokratischen, die gewerkschaftlich organisierten und parteilosen Arbeiter, mit uns den Weg zu gehen, den die Kommunistische Partei seit ihrem Bestehen verfolgt, den Weg des proletarischen Klassenkampfes, der jedes Kompromiß mit der Bourgeoisie und jede Toleration ihrer Politik aus schließt. Das Zentralomitee der KPD und das Reichsamt der KGD haben in den letzten Tagen einen Aufruf veröffentlicht, in dem jedem Arbeiter und jeder Arbeiterschaftorganisation, die Kampfgeist Nr. 1, die Brüderhand geboten wird zum gemeinsamen Kampf gegen Lohnraub und Unterstützungsabbau, gegen den Faschismus und seine neuen Pläne in Preußen und im Reich, wie auch in Sachsen, gegen den nationalsozialistischen Blockkrieg, gegen den Interessentenkrieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.

Noch führer und fester bestreitet mit diesem Aufruf die KPD mit der KGD den Weg zur Befreiung des KPD-Zentralcomittees. Einheitsfront des Proletariats für den Kampf für seine Tagessforderungen, für seine Lebenshaltung und Erfüllung, für die endgültige Befreiung aus der kapitalistischen Ausbeutung.

In allen Betrieben, an allen Stempelstellen und in allen Orten gilt es in diesem Sinne, ausgehend von den Kampfbemerkungen des 1. Mai, die Kämpfe der Arbeiter um Lohn und Brot zu organisieren, die rote Einheitsfront zu errichten, um die kapitalistische Klasse bei all ihren Versuchen, die Lage der Arbeiter weiter zu verschlechtern, zu klagen und den Faschismus mit den imperialistischen Kriegszetteln zu vereinen.

Was wollen nicht länger hungernd! Wir wollen keinen neuen imperialistischen Krieg! Wir wollen keinen Faschismus in Deutschland!

Millionen von Betriebsarbeitern und Gewerkschaftern haben gehalten mit leiferer Entschlossenheit ihr Votum zum Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für Arbeit und